

59. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP, München, 31.Mai-01.Juni 2008

Seite 1

ANTRAG NR.

Zeile

1 **Betr.: EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit im Agrarbereich einführen –**
2 **praxisuntaugliche Erntehelferregelung auslaufen lassen**

3

4

5 **Antragsteller: BFA Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

6

7

8 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

9

10 Die bislang geltende Erntehelferregelung hat die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland vor
11 große Probleme gestellt. Mit der zum 01.01.2006 erneut abgesenkten Quote für osteuropäische
12 Erntehelfer hat sich die Situation nochmals verschärft. Erschwerend kommt hinzu, dass gleichzeitig
13 andere europäische Länder die Rahmenbedingungen für die begehrten Arbeitskräfte aus Osteuropa
14 deutlich verbessert haben. So haben die Niederlande, Großbritannien und Spanien ihre Arbeitsmärkte
15 für polnische und rumänische Arbeitskräfte ganzjährig geöffnet, während die Beschäftigung in
16 Deutschland auf maximal vier Monate begrenzt ist. Die zwischenzeitlich von der Bundesregierung
17 eingeleiteten Korrekturen gehen am Kern des Problems vorbei. Insbesondere den heimischen
18 Sonderkulturbetrieben ist es oftmals weiterhin nicht möglich, die fehlenden osteuropäischen
19 Erntehelfer durch deutsche Arbeitnehmer zu ersetzen. Das gefährdet die Existenzen vieler Betriebe
20 im Obst- und Gemüsebau, Hopfen- und Weinanbau, da nicht die erforderliche Anzahl an motivierten
21 und qualifizierten Arbeitskräften z.B. während der Ernte zur Verfügung stehen.

22

23 Deshalb muss Deutschland wie nahezu alle anderen europäischen Mitgliedstaaten die
24 Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union im Agrarbereich einführen. Eine solche sektorale
25 Öffnung wäre ein erster Schritt in Richtung der schnellen Herstellung voller Arbeitnehmerfreizügigkeit,
26 welche einer Teillösung vorzuziehen wäre. Mit der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit ist auf die
27 Fortführung der praxisuntauglichen Erntehelferregelung zu verzichten. Schließlich muss die
28 Bundesregierung schnellstmöglich bilaterale Verhandlungen mit osteuropäischen Ländern wie z.B. der
29 Ukraine und Weißrussland aufnehmen, um den Arbeitskräftebedarf in der deutschen Landwirtschaft
30 und im Tourismusbereich langfristig abzusichern. Die betroffenen Unternehmen sind zur Sicherung
31 ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf eine ausreichende Anzahl an motivierten und qualifizierten
32 Arbeitnehmern angewiesen. Sofern diese fachlich dringend notwendige Maßnahme vermeintlichen
33 partei- oder koalitionsinternen Zwängen untergeordnet werden sollte, ist zumindest die bisherige
34 Beschäftigungsdauer für Saisonarbeitskräfte von vier auf neun Monate auszudehnen.

35

36 Daher fordert die FDP:

37

38 1. die praxisuntaugliche und planwirtschaftliche „Eckpunkterege lung für die Zulassung mittel-
39 und osteuropäischer Arbeitnehmer“ (Erntehelferregelung) endgültig auslaufen zu lassen;

40

41 2. die bisherige Erntehelferregelung durch eine neu einzuführende Freizügigkeit für
42 Arbeitnehmer in der Europäischen Union im Agrarbereich zu ersetzen und

43

44 3. unverzüglich bilaterale Verhandlungen mit osteuropäischen Ländern (z.B. Ukraine,
45 Weißrussland) aufzunehmen, um den Bedarf der heimischen Landwirtschaft und des
46 Tourismus an Saisonarbeitskräften sicherzustellen.

47

48 **Begründung:**

49

50 erfolgt mündlich